

**Ministerialdirektor Blankenhorn, z. Z. Washington,
an Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein**

Streng geheim Aufgabe:
Fernschreiben Nr. 337
Citissime

3. Juni 1953, 15.00 Uhr
Ankunft: 3. Juni 1953, 22.50 Uhr

Ausschließlich für den Herrn Bundeskanzler und Herrn Staatssekretär¹

Hatte gestern nachmittag einstündige Unterredung mit amerikanischem Außenminister², dem ich die englischen Übersetzungen der beiden Briefe des Herrn Bundeskanzlers³ zur Unterrichtung übergab. Erläuterte eingehend anhand der Briefe Standpunkt des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich gegenwärtiger Situation in westeuropäischen Ländern und einer etwaigen Vierer-Konferenz. Herr Dulles nahm meine Ausführungen mit großem Interesse entgegen und betonte, daß der Schritt des Herrn Bundeskanzler gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt besonders begrüßt würde. Im amerikanischen Kongreß und in der amerikanischen Verwaltung sei man durch die unklare Haltung der westeuropäischen Länder zutiefst enttäuscht. Die zuständigen Ausschüsse des Senats, die gegenwärtig die Finanzhilfe für Westeuropa beraten würden, seien im Begriffe, die gesamte Finanzhilfe vorläufig zu sperren und eine künftige Unterstützung von einem grundsätzlichen Wandel abhängig zu machen. Er, Foster Dulles, sei gegen so scharfe Maßnahmen. Er sei aber nicht sicher, ob er den Senat umstimmen könne. Bei der Besprechung der acht Punkte des dem Brief des Bundeskanzlers beiliegenden Memorandums⁴ zeigte sich Herr Dulles mit den deutschen Auffassungen weitgehend einverstanden.

Er bekundete besonderes Interesse an dem Punkt 7 und erklärte, daß er sich persönlich mit diesem Problem schon früher befaßt habe. Er begrüße es mit Genugtuung, daß man auf deutscher Seite für die Regelung dieser schwierigen Probleme neue Wege suche. Im weiteren Verlauf des Gesprächs habe ich die Botschafter-Frage⁵ und das Kriegsverbrecherproblem⁶ erörtert. Herr Dulles hinwies darauf, daß diese Probleme auf der kommenden Bermuda-Konferenz⁷ erörtert werden müßten. Auf meine Bemerkung, daß die Vereinigten Staaten in diesen beiden Fragen wegen des zu erwartenden französischen Widerstandes wohl selbständig handeln müßten, erklärte Herr Dulles, daß dies Gegenstand der Prüfung sei.

Ich brachte dann die Sprache in vorsichtiger Weise auf die amerikanische Hohe Kommission in Bonn und begegnete Verständnis, als ich es geradeaus als deutschen Wunsch bezeichnete, eine Persönlichkeit wie Herrn Riddleberger zur Unterstützung Herrn Conants in Bonn zu sehen.

Herr Foster Dulles wird den Präsidenten vom Inhalt des Gesprächs unterrichten und einen Termin für die Überreichung der beiden Briefe für heute oder morgen vereinbaren.⁸

Vor meiner Unterredung mit Herrn Dulles hatte ich eine sehr eingehende Aussprache mit Riddleberger. Riddleberger, den ich von dem Inhalt des Schreibens des Herrn Bundeskanzlers in Kenntnis setzte, äußerte sich über die in diesem Schreiben enthaltene Stellungnahme äußerst befriedigt. Alle Punkte deckten sich weitgehend mit den amerikanischen Auffassungen. Der Zeitpunkt für die Demarche sei gut gewählt. Die Verzweiflung über die unklare und verworrene Haltung der westeuropäischen Länder mit Ausnahme Deutschlands steige in Washington von Tag zu Tag und könnte zu sehr unerwünschten Reaktionen führen.

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

Es sei daher dringend erwünscht, daß die Konferenz in Rom⁹ zu einer wirkungsvollen Demonstration für ein einiges Europa benutzt würde.

Besonders kritisch äußerte sich Herr Riddleberger, der übrigens nach wie vor die Deutschland-Abteilung leitet, über die Tätigkeit der Amerikanischen Hohen Kommission in Bonn. Während zur Zeit Clays, McCloy, ja selbst Donnellys Anregungen, Vorschläge, klare Stellungnahmen aus Westdeutschland eingelaufen seien, habe man seit Monaten nichts Konkretes, Konstruktives mehr gehört. Das State Department müsse die Bermuda-Konferenz vorbereiten und habe keinerlei Anregungen von seiten der Amerikanischen Hohen Kommission, wie man am zweckmäßigsten die Deutschlandfrage behandeln solle. Auf meine Frage, ob er, Riddleberger, nicht nach Bonn kommen wolle, erklärte er mir, daß dies seit längerem sein Wunsch sei und daß auch gewisse Aussichten für seine Versetzung als zweiter Mann nach Bonn beständen.

Er habe noch keine Gelegenheit gehabt, mit dem erst vor wenigen Tagen aus dem Nahen Osten zurückgekehrten Außenminister¹⁰ die Behandlung der Deutschlandfrage auf der Bermuda-Konferenz zu erörtern. Ihm schwebte aber eine Erklärung der West-Alliierten etwa folgenden Inhalts vor: „Nachdem der Bundestag und der Bundesrat den Verträgen zugestimmt hätten¹¹, seien die West-Alliierten nunmehr entschlossen, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zur normalisieren und seien deshalb bereit, eine Reihe von Bestimmungen des Vertrages in Kraft zu setzen.“ Er, Riddleberger, würde es dankbar begrüßen, wenn die deutschen Experten schnell einen Vorschlag auf der angedeuteten Linie ausarbeiten und ihm unmittelbar zukommen lassen wollten.¹² Ein solcher Vorschlag würde, wenn er gut sei, die Haltung der amerikanischen Regierung auf der kommenden Konferenz nicht unwesentlich beeinflussen. In diesen Vorschlag könnten die Botschafter-Frage und das Kriegsverbrecherproblem eingearbeitet werden.¹³ Das State Department hat die Tatsache meines Besuchs bei Foster Dulles der Presse bekanntgegeben und dabei bemerkt, daß ich im Zusammenhang mit den früheren Gesprächen des Herrn Bundeskanzlers¹⁴ gewisse Mitteilungen überbracht hätte.¹⁵ Über den Inhalt der Mitteilungen wird nichts ausgegeben werden.

[gez.] Blankenhorn

VS-Bd. 235 (Büro Staatssekretär)

Anmerkungen:

1 Hat Staatssekretär Hallstein am 4. Juni 1953 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sofort. Dir[ektoren]Bespr[echung] (S. 4).“ Vgl. Anm. 12.

2 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Blankenhorn mit dem amerikanischen Außenminister Dulles am 2. Juni 1953 in Washington vgl. auch FRUS 1952-1954, VII/1, S. 466. Vgl. ferner BLANKENHORN, Verständnis, S. 153.

3 Mit Schreiben vom 29. Mai 1953 an Präsident Eisenhower bekräftigte Bundeskanzler Adenauer seine Unterstützung der amerikanischen Politik „hinsichtlich der Lösung des Ost-West-Konflikts“. Er informierte über die Gespräche mit Premierminister Churchill am 14./15. Mai 1953 in London, in denen er die Auffassung vertreten habe, „daß die Alliierten keine

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets treffen sollten, ohne daß die Bundesregierung zu dieser Regelung gehört worden ist und ihre Zustimmung erklärt hat". Adenauer regte eine „Konferenz der westlichen alliierten und deutschen Außenminister-Stellvertreter“ an, um mit Blick auf eine Vier-Mächte-Konferenz eine einheitliche Position zur Deutschland-Frage zu erarbeiten. Außerdem würde es „im alliierten wie im deutschen Interesse erwünscht sein, wenn die Bundesrepublik am Verhandlungsort einer Viererkonferenz durch eine Persönlichkeit vertreten sein würde, die laufend und in vollem Umfange von den Delegationen der Westmächte über die Verhandlungen unterrichtet wird". Vgl. ADENAUER, Briefe 1951-1953, S. 379f.

Mit Schreiben vom 30. Mai 1953 an Eisenhower versicherte Adenauer die „Übereinstimmung der Auffassungen in allen wesentlichen Fragen [...]. Westeuropa wird sich im West-Ost-Konflikt nur behaupten können, wenn es sich so schnell wie möglich zusammenschließt und eine gemeinsame wirksame Verteidigung aufbaut." Vgl. ADENAUER, Briefe 1951-1953, S. 378 f. Für den englischen Wortlaut der beiden Schreiben vgl. FRUS 1952-1954, VII/1, S. 460f. und S. 463.

4 In dem Memorandum vom 29. Mai 1953 wurde ausgeführt: „1) Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, gleicher, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. Die Freiheit der Wahl muß durch internationale Kontrolle gewährleistet sein. [...] 2) Auf Grund dieser Wahlen wird eine gesamtdeutsche Regierung in freier und demokratischer Weise gebildet. 3) Die gesamtdeutsche Regierung muß von fremder Kontrolle frei sein [...]. 4) Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden. 5) Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil. 6) In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden [...]. 7) Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. 8) Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft begrenzt die zukünftigen Streitkräfte der Bundesrepublik und gewährleistet damit die Sicherheit ihrer Nachbarn. Deutschland rechnet seinerseits damit, daß auch seine eigene Sicherheit gewährleistet wird." Vgl. BEMÜHUNGEN I, S. 119. Für den englischen Wortlaut vgl. FRUS 1952-1954, VIII, S. 462.

5 Zur Anregung der Bundesregierung, dem amerikanischen Hohen Kommissar Botschafterrang zu geben und auch dem diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik in Washington den Titel eines Botschafters zu verleihen, vgl. Dok. 114.

6 Vgl. dazu Dok. 157, Anm. 26.

7 Zur Ankündigung einer Konferenz der Regierungschefs der Drei Mächte vgl. Dok. 157, Anm. 14.

8 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Blankenhorn mit Präsident Eisenhower am 4. Juni 1953 in Washington vgl. Dok. 166.

9 Zur Verschiebung der für den 12. Juni bis 1. Juli 1953 geplanten Konferenz der Stellvertreter der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 169, Anm. 9.

10 Der amerikanische Außenminister Dulles hielt sich vom 10. bis 29. Mai 1953 zu einer Informationsreise im Nahen Osten, in Asien sowie in der Türkei und Griechenland auf.

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--

11 Der Bundestag stimmte dem Generalvertrag vom 26. Mai 1952 und dem EVG-Vertrag vom 27. Mai 1952 am 19. März, der Bundesrat am 15. Mai 1953 zu. Vgl. dazu Dok. 106, Anm. 5, bzw. Dok. 144, Anm. 10.

12 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Hallstein hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 1.

13 Am 13. Juni 1953 übermittelte Ministerialdirektor Blankenhorn dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Riddleberger, die Anregung zu einer „Declaration of Policy“, in der die Drei Mächte zum Ausdruck bringen sollten, „daß sie sich in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland de facto so verhalten, als wenn die Bestimmungen des Bonner Vertrages bereits wirksam wären, unter der Voraussetzung, daß sich die Bundesrepublik in gleicher Weise an die in diesem Vertrag unterschriebenen Rechte und Verpflichtungen hält. [...] Sollten sich die Drei Mächte auf der Bermuda-Konferenz nicht zu einer solchen Formel bereit finden, so wäre zu überlegen, ob etwa folgender Gedanke zum Ausdruck gebracht wird: Angesichts der Tatsache, daß der Bundestag und der Bundesrat den Verträgen zugestimmt haben und angesichts der weiteren Tatsache, daß sich das Inkrafttreten der Verträge ohne Verschulden der Bundesrepublik noch länger hinauszögert, beabsichtigen die westalliierten Regierungen in der Absicht, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik weiter zu normalisieren, auf einer besonderen Konferenz der alliierten und deutschen stellvertretenden Außenminister entsprechende Wege hierzu zu beraten.“ Vgl. Bundesarchiv Koblenz, N 1351 (Nachlaß Blankenhorn), Bd. 20 a.

14 Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 6. bis 17. April 1953 in den USA auf. Für die Gespräche mit Präsident Eisenhower und dem amerikanischen Außenminister Dulles am 7./8. April 1953 in Washington vgl. Dok. 113-115.

15 Vgl. dazu den Artikel „Bonn wird über die Bermudakonferenz informiert“ ; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Juni 1953, S. 1.

[Quelle: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953, Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1953, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2001, S. 517-520.]

Bundeszentrale für politische Bildung	DeutschlandRadio	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V.
--	-------------------------	--